

Zufriedenheit oder Mangel an Urbanität – weshalb die Schwyzer immer so konservativ wählen

40 Schwyzer nahmen die Regierungsratskandidaten persönlich in die Zange.

Eine solche Gelegenheit gab es noch nie: Erstmals organisierte die Volkshochschule Schwyz für die Öffentlichkeit einen Anlass zu den bevorstehenden Regierungswahlen. Das gewählte Konzept war bewusst anders als sonst. Verteilt auf einzelne «Arbeitsgruppen», erhielten die anwesenden Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, sich direkt mit Fragen an die Kandidierenden zu wenden.

Vermutlich «coronabedingt», fanden sich am Samstagmorgen im Kantonsratssaal in Schwyz zur ersten Ausstragung mit 40 Personen weniger Interessierte ein, als sich Kandidierende und OK wohl wünschten. Die intensiven Auseinandersetzungen zeigten jedoch, dass das Konzept seinen Reiz hat und bei nächster Gelegenheit wiederholt werden sollte.

Grosse Gräben zwischen links und rechts

Sieben Regierungsratssitze sind zu vergeben, zehn Kandidierende treten an. Einzig der bisherige SVP-Regierungsrat Andreas Barraud entschuldigte sich aus gesundheitlichen Gründen. Die restlichen neun – die amtierenden Regierungsratsmitglieder Petra Steimen-Rickenbacher und Kaspar Michel von der FDP, CVP-Regierungsrat Michael Stähli sowie SVP-Regierungsrat André Rüe

ger – waren da. Auch die «Anwärter» Sandro Patierno (CVP), Roman Spirig (GLP), Herbert Huwiler (SVP) und die beiden SP-Politiker Michael Fuchs und Elsbeth Anderegg Marty fehlten nicht.

Wenig Einigkeit gab es verständlicherweise zwischen links und rechts. In der Arbeitsgruppe «Struktur und Verwaltung» erklärte Elsbeth Anderegg Marty, dass es im Kanton Schwyz bei Wahlen so selten zu Machtwechseln komme, mit der Kleinräumigkeit

des Kantons: «Es gibt keine städtischen Zentren.» Für Rüe

segger zeigt sich darin aber, dass «es uns wirtschaftlich gut geht». Für Stähli wiederum ist «politisch zwar immer alles möglich, aber es braucht Mehrheiten an der Urne».

Aus der Bürgerschaft gab es auch kritische Voten: Er würde sich etwas mehr Innovation und Engagement in Umwelt- und Klimafragen wünschen, sagte ein Bürger. In anderen Kantonen würden etwa E-Autos oder Hyb-

rid-Fahrzeuge im Erwerb und im steuerlichen Bereich unterstützt, gab jemand anders zu bedenken. «Wir dürfen nicht nur die Finanzpolitik im Auge haben und ihr alles unterordnen», so ein weiterer.

Einigkeit gab es nicht überall. In einzelnen Arbeitsgruppen flogen regelrecht die Späne, hiess beim abschliessenden gemeinsamen Apéro.

Da hatten sich, wie in der Politik üblich, die Gemüter aber schon wieder beruhigt. (*adm*)

Sie warteten gemeinsam auf die kritischen Fragen aus dem Publikum: neun der zehn Regierungsratskandidaten.

Bild: Jürg Auf der Maur

